

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Collnberg, Sobndorf, Köditz, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Behrisdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Triefbeim.

Er erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 15.— Mfr. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 45.— Mfr. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 60 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsseitige Grundzeile wird mit 2.— Mfr. für auswärtige Besteller mit 2.25 Mfr. berechnet. Im Resten und amtlichen Teile kostet die dreizehnpaltige Zeile 4.50 Mfr. für auswärtige 5.— Mfr. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschlüssel: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Collnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 80

Dienstag, den 4. April 1922

72. Jahrgang

Rechnungen einreichen!

Mit dem 31. März 1922 sind die Rechnungen unserer Stadthauptkasse und deren Nebenkassen zu schließen. Um einen baldigen Rechnungsabschluss zu ermöglichen, wird hierdurch aufgefordert, alle Rechnungen über ausgeführte Arbeiten und Leistungen vsm. für die Stadtkasse in Lichtenstein-Collnberg für das am 31. März 1922 abgelaufene Rechnungsjahr umgehend, spätestens aber bis zum 15. April d. S. bei dem zuständigen Stellen einzureichen.

Serner sei darauf hingewiesen, daß die Rechnungen stets nur für einen Zeitraum innerhalb des Rechnungsjahres (vom 1. 4. bis 31. 3. des anderen Jahres) auszustellen sind.

Lichtenstein-Collnberg, am 4. April 1922.
Der Stadtrat.

Kurze wichtige Nachrichten.

- Das russische Posthospitalspalais in Berlin wurde gestern den Berliner Sowjetvertretern übergeben, das deutsche Palais in Petersburg soll dafür dem Deutschen Reich wieder übergeben werden.
- Der Dollar stand gestern an der Berliner Börse auf 320.
- Heute ist in Bukarest die Konferenz der Donauländer, an der auch Deutschland teilnimmt, eröffnet worden. Die Beschlüsse der Konferenz sollen in Preßburg, dem Sitz der Interalliierten Donaukommission, ratifiziert werden.
- Die ungarische Regierung hat anlässlich des Ablebens des Erzherzogs Karl eine weitläufige Landestrauer angeordnet.
- Rußland, Polen, Lettland und Estland haben in Brinnio beschlossen, auf der Konferenz in Genua in politischen und wirtschaftlichen Fragen gemeinsam vorzugehen.
- „Chicago Tribune“ gibt eine Drahtung aus Tokio wieder, wonach sich in der Monarchie mit Unterstützung der Regierung von Moskau eine Republik gebildet habe.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. April.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Köster, Vizepräsident Dr. Bell eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Ein Gesetzentwurf über die Erhöhung von Goldbeiträgen in der Unfallversicherung geht an den sozialpolitischen Ausschuß. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die

Verlängerung der Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt.

Nach den Beschlüssen 2. Lesung soll den einzelnen Ländern die Entscheidung überlassen bleiben.

Abg. Dr. Herzfeld (Rom.) weist darauf hin, daß viele Kriegserferndare sich in schlechten Vermögensverhältnissen befinden.

Abg. Leuthener (D. Vpt.) erklärt, daß man die Regierung nicht durch eine Rufvorkehrung zwingen soll. Sie werde sicherlich wohlwollend verfahren.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unab.) fordert Wiederherstellung der ursprünglichen Festschreibung, wonach die Ausbildungszeit um 6 Monate verlängert wird.

Abg. Düringer (Dnt.) hebt hervor, daß viele Juristen auch aus Arbeiterfamilien stammen.

Staatssekretär Joel hebt hervor, daß die Vorbereitungszeit schon von 4 auf 3 Jahre herabgesetzt worden war und daß man nicht weitergehen könne, weil jetzt schon 33 Prozent der Referendare beim Examen durchgefallen seien.

Die Vorlage wird darauf in der Ausschußfassung angenommen, so daß die Entscheidung den Ländern überlassen bleibt.

Der dann auf der Tagesordnung stehende Haushalt des Auswärtigen Amtes wird abgelehnt, da der Außenminister Dr. Rathenau dringend verhindert ist.

Es folgt die zweite Lesung des

Haushaltes des Reichsministeriums des Innern.

Reichsminister Dr. Köster weist darauf hin, daß auch in diesem Etat Kriegskontributionen enthalten sind. Bei einem Abschluß mit 2.380.041.338 Mark verbleibt für unsere eigenen Kulturzwecke nur ein Betrag von 120 Millionen. (Sört, hört.) Die ungeheuren Summen für Polizeizwecke sind eine Folge des wirtschaftlichen Druckes, unter dem unser Volk leidet. Man werde darauf nicht verzichten können. Kein Sparmaßnahmendirektor, der von außen her über ein Ministerium geht, wird auf die Dauer Erfolg haben. Die Sparmaßnahmenpolitik muß aus einem Ministerium selbst kommen. Diese Aufgabe ist im Ministerium des Innern gelöst. Die geistige Aufgabe meines Ministeriums ist der rein pädagogische Aufbau des deutschen Volkes. Die Wünsche nach einem Reichsgesundheitsministerium kann ich verstehen, aber finanzielle Gründe machen dies unmöglich. Die körperliche Erhaltung unserer Jugend hat für die Wiedergeburt unseres Volkes eine große Bedeutung. Den neuen Staat müssen wir auch denen nahebringen, die sich noch abseits von ihm halten. Aufgabe der Demokratie ist es, einen neuen Staatsbegriff zu schaffen und zu verteidigen, nach rechts und nach links. Der Beamtenstand wird es infolge ihrer starken Stellung im alten Staat naturgemäß schwerer, in dem neuen Staat aufzugehen, der ihr ganz andere Aufgaben stellt. Die Regierung muß verlangen, daß die Beamtenenschaft sich auf dem Boden der Tatsache wurzelt. Gefühlsregungen treiben wir nicht. Der Beamtenkörper muß sich aber auch dann bewähren, wenn aus anderen Betrieben Leute hereinkommen, wenn sie die nötigen Fähigkeiten mitbringen. Auf die Dauer läßt sich ein Volk nur sachlich und sachlich tüchtig regieren. Die neuen Spatole des Staates sind nicht unter Anonendonner und Föhnen enthalten worden. Sie sind aus der Zeit des Niederganges des Inlandes entstanden. Darum wird das Volk mehr daran festhalten. (Lachen rechts, Beifall links.) Der Minister versichert die besetzten Gebiete seiner besonderen Fürsorge. Jeder Streit, wie der um die Flagge, kann auch Einfluß auf den Geist der besetzten Gebiete machen. Wir müssen ein neues Staats- und Nationalbewußtsein aufbauen und pflegen. Es wird demokratisch sein oder es wird nicht sein. (Lachen rechts.) Wir werden nach außen eine Nation und nach innen ein Volk sein (Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) bittet den Minister, sich in diesen verfassungsrechtlichen Fragen noch eine gewisse Reserve aufzuheben. Er erkennt an, daß der Etat Sparmaß aufgestellt ist. Er verlange 490 Millionen weniger als im Vorjahre. Der Redner tritt für eine große bürokratische Reform ein. Er warnt vor einer Entlassung, wonach die außerordentliche Rutterenschaft kein Grund zur Entlassung der Beamtenenschaft sein soll. Bei dem Geheiß handelt es sich um eine gesamte deutsche Frage, bei der völlige Einigkeit herrschen muß. Von einem Abbau der technischen Nothilfe könne noch keine Rede sein. Die gesundheitliche Schwäche Deutschlands bringt auch Gefahr für das Ausland. Die Tuberkulose ist eine nationale Gefahr. Die Notgemeinschaft der deutschen Gesellschaft sei ein Beweis dafür, daß Deutschland seine Weltstellung nicht aufgeben wolle.

Abg. Dr. Mumm (Dnt.) hält dem Minister vor, daß er zu sehr als sozialdemokratischer Partisaner gesprochen habe. Wäre die Revolution nicht gewesen, so würden wir heute ein sozialistisches Volkstadium haben und eine Macht gegenüber dem herausgehenden internationalen Kapitalismus. Die Deutschnationalen bekämpfen die formale Demokratie. Ein Gesundheitsministerium wird lebhaften Bedenken begegnen. Der Redner denkt der besetzten Gebiete und fordert zu völliger Einigkeit in dieser Frage auf. Der Redner wird vielfach von den Kommunisten unterbrochen. Eingeknickt werden muß gegen die Massenwanderung der Fremden aus dem Osten. (Unruhe bei den Kommunisten.) Gehoben aber werden muß den Wolgadeutschen. Der Redner fordert einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzlitteratur.

Die Beratung wird abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 2 Uhr. Anfragen, Mantelgesetz und Weiterberatung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich

Von der Leipziger Universität.

Dresden. Bei der Beratung des Etatskapitels Universität Leipzig im Haushaltsausschuß A des Landtages forderte der sozialdemokratische Berichterstatter daß der ausländischen Studentenschaft Einfluß in der Vertretung der Studentenschaft und in der Verwaltung der Universität eingeräumt wird. Ein ausländischer Student müsse in Leipzig zum Beispiel nicht als Franzose, sondern eben als Student betrachtet werden. Außerdem verlangte der Sozialdemokrat Ausbau des Lehrkörpers in der Richtung, daß Lehrstühle für Völkerbundspolitik, Parteipolitik usw. eingerichtet würden. Von bürgerlicher Seite wurden diese starken Zumutungen angeichts der schmählichen Behandlung Deutschlands durch das feindliche Ausland entrüstet zurückgewiesen. Der Regierungsovertreter erklärte, daß ein steigender Zubrang von Ausländern an die Universität Leipzig zu vermeiden sei, von denen die meisten Medizin studieren wollen. Man wird aber nicht dauernd in der Lage sein, alle ausländischen Studenten aufzunehmen. Von einem Wahlrecht der Ausländer in der Vertretung der Studenten und in der Verwaltung könne nach der Reichsverfassung gar keine Rede sein.

Die Sowjetdelegation bei Wirth.

Berlin. Den Blättern zufolge wurden die russischen Delegierten für Genua, Ichtischerin, Litwinoff und Joffe vom Reichskanzler empfangen. Abends waren sie Gäste des Außenministers Rathenau. Bei beiden Anlässen bot sich Gelegenheit zu allgemeiner Aussprache über politische Fragen. Auch das Projekt des deutsch-russischen Handelsvertrages wurde dem „S. L.“ zufolge kurz angeschnitten. Der Reichskanzler wird Mittwoch abend Berlin verlassen und sich nach kurzem Aufenthalt in Frankfurt a. M., wo er die Messe zu besuchen gedenkt, und in Freiburg nach Genua begeben. Am Sonnabend wird die deutsche Delegation unter Führung des Ministers des Äußeren Rathenau nach Genua reisen.

Sachverständigenbesprechung für Genua.

Im Auswärtigen Amt fand gestern unter dem Vorsitz des Ministers des Äußeren, Dr. Rathenau, und unter Beteiligung der zuständigen Ressorts die erste Besprechung mit den für die Konferenz in Genua von der Reichsregierung beauftragten Sachverständigen statt. Der Minister dankte ihnen für ihre Mitwirkung, gab eine Uebersicht über die Vorgeschichte der Genauer Konferenz und fixierte die Gegenstände, die vorwiegend dort zur Erörterung kommen würden. Auf Vorschlag des Ministers werden drei Unterkommissionen der Sachverständigen gebildet werden, die sich mit den wirtschaftlichen, finanziellen und Verkehrsfragen befassen und alsbald ihre Beratung im Auswärtigen Amt und im Verkehrsministerium beginnen werden.

Abgeschlossene Voruntersuchung gegen die Führer des Eisenbahnerstreikes.

Die disziplinarische Voruntersuchung gegen einen Teil der am letzten Eisenbahnerstreik beteiligten Streikführer sind nunmehr so weit gefördert worden, daß Anfang Mai vor der Potsdamer Disziplinarkammer die Verhandlungen beginnen können. Gegen die beiden Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft, Menne und Scharfschwert, wird das Disziplinarverfahren vermutlich vor der Disziplinarkammer in Halle seine Erledigung finden, während ein Teil der Mitglieder des Aktionsausschusses sich in Potsdam zu verantworten haben dürfte. Die bisherigen Ermittlungen haben, wie wir aus Berlin erfahren, über die Rolle, die die Führer der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter in der Bewegung gespielt haben, interessante Aufschlüsse geliefert. Der angeblich für die Durchführung des Streiks gewählte Aktionsausschuß war lediglich eine Kullie, um den geschäftsführenden Ausschuß, der in Wahrheit den Streik leitete, aber offiziell keine Verantwortung zu tragen wünschte, den Behörden gegenüber zu bedecken. Aus beschlagnahmen Alten und Protokollen geht hervor, daß der erste Vorsitzende Menne keineswegs sich damit begnügen wollte, wirtschaftliche Vorteile für die Beamten zu sichern, sondern daß er offenbar bestimmte politische Ziele verfolgte, die von den linksradikalen Parteien unterstützt wurden. Es ist festgestellt worden, daß hinter der Zentralstreikleitung der geschäftsführende Ausschuß mit Menne an der Spitze stand, obwohl dies die Reichsgewerkschaft ansatz zu leugnen versuchte. Menne war jedenfalls der Hauptstreiter und Heher in der ganzen Be-

egung!

von Lichten-

läßt

2 befindet.

sein, dem ver-

ng zu tragen.

dermeister.

ermählung
durch Blumen-
Aufmerksam-
unseren herz-

ein,

geb. Mann.